



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundesamt für Migration BFM

Nr. 3 / Juli 2009



Inhalt

Bund	2
Kantone	16
Gemeinden	24
Andere Institutionen	31
Internationales	41
Publikationen	44
Webfunde	47

Editorial

Der Newsletter «integration» des Bundesamts für Migration informiert Sie regelmässig über das aktuelle Geschehen (Entwicklungen, Projekte und Publikationen) im Bereich der Integration. Bund, Kantone und Gemeinden, aber auch Institutionen im weiteren thematischen Umfeld finden hier eine Plattform, um ihre integrationspolitischen Aktivitäten bekannt zu machen.

Ein breites Spektrum von Autorinnen und Autoren (kommunale und kantonale Integrationsdelegierte, Bundesstellen, Eidgenössische Kommissionen, Hilfswerke, NGOs usw.) unterstützt mit vielfältig fokussierten Beiträgen den notwendigen Diskurs über das Zusammenleben in der offenen Zivilgesellschaft.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Bundesamt für Migration
Juli 2009

Bund

Weiterentwicklung der schweizerischen Integrationspolitik

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Um der Herausforderung der Integration als Querschnittsaufgabe gerecht zu werden, haben Bund, Kantone und Gemeinden im Rahmen der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) eine breite politische Diskussion zur Frage „Welche Integrationspolitik und -förderung brauchen wir?“ lanciert.

Die Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) – die politische Plattform von Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden – hat Empfehlungen zur Weiterentwicklung der schweizerischen Integrationspolitik verabschiedet. Vorgeschlagen wird beispielsweise die Einführung einer flächendeckenden Erstbegrüssung und Erstinformation für alle neu zugewanderten Ausländerinnen und Ausländer. Zudem regt die TAK eine stärkere gesetzliche Verankerung der Integration an. Die konkrete Umsetzung und die Finanzierung der Vorschläge sind noch zu prüfen. Die Steuerung und Koordination der Integrationsförderung sollen Bund, Kantone, Städte und Gemeinden gemeinsam im Rahmen der TAK sicherstellen.

Der Bericht und die Empfehlungen können als Grundlage für die Integrationspolitik dienen. Auf Bundesebene wie auch auf kantonaler und kommunaler Ebene sind Vorstösse zur Integration eingereicht worden, bei deren Beantwortung sich die betreffenden Exekutiven von Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden auf die Vorschläge der TAK abstützen können. Die Steuerung und Koordination der Integrationsförderung soll durch institutionalisierte Integrationsdialoge im Rahmen der TAK erfolgen.

Der Bericht sowie eine ergänzende Dokumentation über zentrale Integrationsbereiche können auf der Website der TAK heruntergeladen werden: <http://www.tak-cta.ch/>

vgl. dazu auch Referat von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf anlässlich der Auftaktveranstaltung zum TAK-Prozess vom 20. Januar 2009: http://www.bfm.admin.ch/bfm/de/home/dokumentation/reden/2009/ref_2009-01-20.html

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

BFM-Direktor Gnesa wird Sonderbotschafter

Der Bundesrat hat Herrn Eduard Gnesa, Direktor des BFM, am 13. Mai 2009 den Titel als Sonderbotschafter für internationale Migrationszusammenarbeit verliehen.

Mit der Ernennung eines Sonderbotschafters soll die konkrete internationale Migrationszusammenarbeit der Schweiz intensiviert und optimiert werden. Das umfasst insbesondere die Vertretung in internationalen Gremien zu Migrationsfragen, die Vertretung der schweizerischen Interessen im Migrationsbereich gegenüber bilateralen Partnern, die Zusammenarbeit im regionalen Rahmen und die Beratung der zuständigen Bundesstellen in Fragen der internationalen Migrationszusammenarbeit.

Die seit Jahren bestehende interdepartementale Arbeitsgruppe Migration (IAM) koordiniert die Arbeiten und Aufträge des neuen Sonderbotschafters. Administrativ ist Botschafter Gnesa dem Direktor der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zugeordnet.

Die Stelle des BFM-Direktors wird ausgeschrieben. Bis zur definitiven Neubesetzung der Stelle wird das BFM von Herrn Jörg Gasser geführt. Der 39-jährige Gasser war u. a. mehrere Jahre als Stv. Chefdelegierter des IKRK in Krisenregionen tätig. Seit August 2008 war er als Referent im Generalsekretariat des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) neben verschiedenen politischen Aufgaben auch mit dem Migrationsdossier betraut.

Bundesamt für Migration: Neuausrichtung

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf hat den Bundesrat am 29. Mai 2009 über das weitere Vorgehen im Bundesamt für Migration informiert.

Die aktuelle Situation und die Entwicklungen im Migrationsbereich bedingen eine Neuausrichtung des Amtes. Seit Monaten ist die Departementsvorsteherin daran, verschiedene Probleme in der Migrationspolitik mit der erforderlichen Intensität anzugehen, u. a. Ziele und Schwerpunkte neu zu definieren und die Verfahren zu optimieren. Diese Anpassung der Abläufe und Prozesse drängt sich aufgrund der Fehleinschätzung der letzten Jahre in Bezug auf die Entwicklung der Gesuchszahlen auf. Die Auslegung der Strukturen auf 10'000 Gesuche pro Jahr erwies sich als grundlegender Irrtum. So wurden u. a. keine tauglichen und umsetzbaren Szenarien und Strategien für eine allfällig erhöhte Anzahl von Gesuchen erarbeitet.

Hinzu kommt, dass das EJPD im strategisch wichtigen Dossier Schengen/Dublin in der Pflicht steht, Anforderungen der Politik unter hohem zeitlichem Druck und mit allen derzeit gültigen institutionellen Rahmenbedingungen sachgerecht umzusetzen. Mit Bezug auf dieses Dossier ist ein zusätzlicher Effort zu leisten, damit die gesetzlichen Grundlagen, die Verfahren sowie die technischen Anwendungen fristgerecht umgesetzt werden können. Vizedirektor Urs Betschart wird sich künftig verstärkt im Dossier Schengen/Dublin engagieren und trat deshalb am 1. Juni 2009 von der Stellvertretungsfunktion des Amtsdirektors zurück.

Link: <http://www.bfm.admin.ch/bfm/de/home/aktuell.html>

- Bund
- Kantone
- Gemeinden
- Andere Institutionen
- Internationales
- Publikationen
- Webfunde

Übergabe der ersten eidgenössischen Fachausweise für Migrationsfachpersonen

Am 25. Juni 2009 erhielten 28 Kandidaten und Kandidatinnen die ersten eidgenössischen Fachausweise für Migrationsfachpersonen. Die Fachausweise wurden 2007 im Rahmen des Berichtes des Bundesrates vom 30. Juni 2007 über die Integrationsmassnahmen eingeführt und werden vom Bundesamt für Migration (BFM) finanziert.

Der neue Berufslehrgang, der auf Anregung des Vereins PROBAM und des BFM in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie entstanden ist, bedeutet ein beträchtlicher Fortschritt in der Ausbildung von Personen im Migrationsbereich. Die entsprechenden Kurse und die eidgenössische Berufsprüfung werden vom Centre interrégional de perfectionnement in Tramelan und von AGOGIS in Zürich durchgeführt. Der Lehrgang richtet sich an Personen, die sich beruflich hauptsächlich mit der Eingliederung und Integration von Migranten und Migrantinnen beschäftigen und dabei wünschen, dass ihre Kenntnisse und Erfahrungen in diesem Bereich anerkannt werden.

Weitere Informationen und die Anmeldebedingungen für die nächsten Weiterbildungsmodule befinden sich auf der Internetseite:
www.fachperson-migration.ch

Migrationsbericht 2008 des BFM

Der vom Bundesamt für Migration (BFM) veröffentlichte Migrationsbericht beinhaltet wichtigste Zahlen und Fakten des Jahres 2008. Zudem gibt er Einblick in die verschiedenen Tätigkeitsfelder und aktuellen Geschäfte des BFM und stellt diese in den nationalen, historischen und internationalen Kontext.

Link: [Migrationsbericht](#) (PDF)

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Verbot von sexuellen Verstümmelungen

Ein Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Strafgesetzbuches ist eingeleitet.

Das Phänomen der Verstümmelung weiblicher Genitalien betrifft auch die Schweiz. Um die mit der geltenden, nicht für alle Formen von Genitalverstümmelung einheitlichen Rechtslage einhergehenden Abgrenzungs- und Beweisschwierigkeiten zu überwinden und um ein eindeutiges Signal der Ächtung dieser gravierenden Menschenrechtsverletzungen zu setzen, schlägt die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates die Einführung eines neuen, spezifischen Straftatbestandes der Verstümmelung weiblicher Genitalien vor. Zudem soll eine im Ausland begangene Verstümmelung weiblicher Genitalien in der Schweiz auch dann bestraft werden können, wenn sie am Tatort nicht strafbar ist.

Links:

-Bundesamt für Justiz:

<http://www.bj.admin.ch/bj/de/home/themen/kriminalitaet/gesetzgebung/genitalverstuemmung.html>

-Zur Stellungnahme der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF:

<http://www.frauenkommission.ch/pdf/05.404%20Parlamentarische%20Initiative.%20Verbot%20von%20sexuellen%20Verstümmelungen.pdf>

-EKF: http://www.frauenkommission.ch/home_d.htm

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Nationale Kampagne weist auf Bedeutung der Berufsbildung hin

Am 25. Mai 2009 startete die neue Plakatwelle der nationalen Kampagne BERUFSBILDUNGPLUS.CH. Sie ruft die Betriebe auf, in die Berufsbildung zu investieren und auch in Zukunft genügend Ausbildungsplätze bereitzustellen. Zudem wird die breite Öffentlichkeit für den Stellenwert und die Chancen der Berufsbildung sensibilisiert.

Die Berufsbildung ist ein Eckpfeiler der Wirtschaft. Investitionen in die Berufsbildung sind Investitionen in das Unternehmen und in die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz. Sie dürfen angesichts wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht kurzfristig ausgesetzt werden. Lücken im Berufsnachwuchs zeigen sich erst in einigen Jahren. Sie zu schliessen bedarf grosser Anstrengungen, die mit einer kontinuierlichen Ausbildungsbereitschaft vermeidbar sind.

Viele Wege führen aufwärts

Die Berufsbildung bietet heute dank ihrer hohen Durchlässigkeit auf jeder Stufe interessante Berufs- und Karriereperspektiven. An die berufliche Grundbildung schliesst die höhere Berufsbildung an. Diese bereitet auf Führungs- und Fachfunktionen vor. Die Berufsmaturität öffnet den direkten Zugang zu den Fachhochschulen oder ermöglicht via Passerelle ein Universitätsstudium.

Mit der Initiative BERUFSBILDUNGPLUS.CH fördern Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt gemeinsam die Berufsbildung in der Schweiz.

Weiterführende Informationen zum Nutzen der Berufsbildung und vertiefte Angaben zu den vielfältigen Berufsbildungsangeboten sind auf www.berufsbildungplus.ch erhältlich.

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Fachliteratur zu Migration und Gesundheit

Im Rahmen des Nationalen Programms Migration und Gesundheit hat das Bundesamt für Gesundheit eine Übersicht über die aktuelle Fachliteratur im Bereich Migration und Gesundheit erstellen lassen.

Der deutsch und französisch vorliegende Bericht des Schweizerischen Forums für Migrations- und Bevölkerungsstudien (SFM) basiert auf einer Auswahl nationaler und internationaler Fachliteratur, die zwischen 2006 und 2008 publiziert worden ist. Er ermöglicht es, sich über die neusten sozialepidemiologischen Studien zur Migrationsbevölkerung in der Schweiz und in anderen europäischen Ländern zu informieren. Zudem gibt er Einblick in die jüngsten Forschungsergebnisse zu Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsversorgung und interkulturelles Übersetzen.

Link zum Bericht „Migration & Gesundheit. Übersicht über ausgewählte Fachliteratur 2006-2008“: www.miges.admin.ch (→ siehe Forschung / Projekte)

Bund	Ritter der Kommunikation – ein Wettbewerb
Kantone	Der "Ritter der Kommunikation" ist ein Wettbewerb des Bundesamtes für Kommunikation (BAKOM) unter der Schirmherrschaft von Bundesrat Moritz Leuenberger und wird seit 2001 durchgeführt.
Gemeinden	
Andere Institutionen	
Internationales	
Publikationen	
Webfunde	Der "Ritter der Kommunikation" zeichnet Projekte aus, die den Umgang aller Bevölkerungsschichten in der Schweiz mit den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) fördern und so einen Beitrag zu einer Informationsgesellschaft für alle leisten. Teilnahmeberechtigt sind alle Personen, die in der Schweiz ihren Wohnsitz haben (das Schweizer Bürgerrecht ist keine Voraussetzung) sowie Schweizerinnen und Schweizer im Ausland.

Ausschreibung 2009

Der "Ritter der Kommunikation 2009" ist mit insgesamt 35'000 Franken dotiert. Jeweils 10'000 Franken sind für die drei besten Projekte bestimmt, die es der Schweizer Bevölkerung ermöglichen, die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) für ihre Zwecke zu nutzen. Der Sonderpreis "Sicherheit und Vertrauen" zeichnet ein Projekt aus, das den sicherheitsbewussten Umgang mit diesen Technologien zum Inhalt hat und das entsprechende Vertrauen fördert. Diese Auszeichnung ist mit CHF 5'000 Franken dotiert. Kandidatinnen und Kandidaten haben bis zum 21. August 2009 Zeit, ihre Projekte einzureichen.

Anerkennung für bestehende Projekte

Der "Ritter der Kommunikation" versteht sich als Anerkennungspreis. Die eingegebenen Projekte müssen im Zeitraum vom 1. August 2008 bis 31. Juli 2009 bereits angelaufen sein. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden am 10. November 2009 an der nationalen Tagung "Integrative Informationsgesellschaft" in Solothurn der Öffentlichkeit präsentiert.

Sonderpreis "Sicherheit und Vertrauen"

Die Entwicklung der Informationsgesellschaft setzt Vertrauen in die IKT und deren Nutzung voraus. Um dieses Vertrauen zu schaffen und zu erhalten, bedarf es der Vermittlung der notwendigen Kompetenz, der Sicherheit dienende wie auch verlässliche Technologien, sowie der Transparenz. Viele Jugendliche nutzen die IKT sehr unbefangen: rechtliche und sicherheitsmässige Konsequenzen ihres Handelns im Internet bedenken sie dabei häufig nicht. Bei älteren Menschen ist die Situation nicht selten genau umgekehrt, aufgrund ihrer Sicherheitsbedenken verzichten sie völlig auf eine Nutzung der IKT oder ausgewählter Anwendungen. 2009 wird daher ein Sonderpreis "Sicherheit und Vertrauen" ausgeschrieben.

Link: <http://www.bakom.admin.ch/comknight/>

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Nationaler Aktionsplan „e-Inclusion“

Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Interessenorganisationen und Wirtschaft haben sich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen und gemeinsam einen Aktionsplan im Bereich e-Inclusion erstellt.

Ziel des Netzwerkes sowie von dessen Aktionsplan ist, einen konkreten Beitrag zur Förderung einer integrativen Informationsgesellschaft in der Schweiz zu leisten. Zu diesem Zweck werden Aktivitäten und Initiativen zugunsten von Personengruppen entwickelt und umgesetzt, die von einem Zugang zu digitalen Inhalten, einem kompetenten Umgang mit den IKT und bedürfnisspezifischen technologischen Lösungen besonders profitieren, wie ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Migrant/innen.

Als Grundlage für die Strategie des Bundesrates für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz, dienen unter anderem auch die Schlussdokumente des UNO-Gipfeltreffens über die Informationsgesellschaft und der EU-Ministererklärung von Riga „IKT für eine integrative Gesellschaft“.

Der Aktionsplan beschreibt die Ausgangslage in den einzelnen Bereichen von e-Inclusion, die Handlungsschwerpunkte sowie die notwendigen prioritären Massnahmen, mit der jeweiligen federführenden Stelle und dem zeitlichen Rahmen der Umsetzung der Projekte.

Link:

<http://www.bakom.admin.ch/themen/infosociety/02104/index.html?lang=de>

Vorankündigung:

Nationale Tagung „Integrative Informationsgesellschaft“ vom **10. November 2009** in Solothurn.

Infos unter:

<http://www.bakom.admin.ch/themen/infosociety/index.html?lang=de>

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Internationales Podiumsgespräch

Im Rahmen der jährlich stattfindenden Konferenz der kantonalen und kommunalen Integrationsdelegierten (KID) fand am Nachmittag des 4. Juni 2009 in Bern ein Podiumsgespräch statt. Nationale und internationale Vertreter aus Forschung und Praxis diskutierten über Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Integrationspolitik in europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten.

Anwesend waren Expertinnen und Experten aus Deutschland, Österreich, den USA und der Schweiz.

Bernhard Perchinig des „*Institute for urban and regional research*“ in Wien zeigte auf, dass im Kontext der EU nicht von einer klaren Entwicklung oder Tendenz im Bereich der Integrations- und Immigrationspolitik gesprochen werden kann.

Alex Stepick vom *Immigration and Ethnicity Institute* in Florida skizzierte die spezielle Situation der Kubanerinnen und Kubaner in Florida.

Gianni D'Amato, des *Schweizerischen Forums für Migrations- und Bevölkerungsstudien der Universität Neuchâtel*, zeichnete die Entwicklung der Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte in der Schweiz nach, welche durch eine „*bottom-up-Entwicklung*“ gezeichnet war.

In der anschliessenden Diskussion unter der Leitung von Christoph Keller (SF DRS) war die Rolle der Sprache ein zentrales Thema. Es zeigte sich, dass in Europa die Aneignung einer Landessprache stärker gewichtet wird als in den Grosstädten der USA (etwa New York). Die Beherrschung einer Landessprache gilt in Europa als zentral für die Teilhabe am öffentlichen Leben. Allerdings warnten verschiedene Teilnehmende vor einer zu festen Konzentration auf den Faktor Sprache. Es gibt daneben noch zahlreiche weitere Integrationskriterien.

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Wenn Behörden und Vereine am gleichen Strick ziehen

Am sechsten Treffen der Ausländer- und Integrationskommissionen aus der ganzen Schweiz stand die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Vereinen im Mittelpunkt.

Rund 120 Vertreterinnen und Vertreter von kantonalen und kommunalen Ausländerkommissionen haben sich auf Einladung der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM) im Juni in Liestal getroffen. Dabei zeigt sich, dass es noch wenig bekannt ist, dass die Behörden mit dem neuen Ausländergesetz verpflichtet sind, in der Integrationsarbeit mit Ausländerorganisationen zusammenzuarbeiten.

Als gute Beispiele wurden an der Tagung ein Projekt aus Lausanne und eines aus St.Gallen vorgestellt. Die Stadt Lausanne organisiert zusammen mit zahlreichen Vereinen eine Aktionswoche unter dem Namen "Lausanne avec couleurs", welche die Vielfalt der Bewohnerinnen und Bewohner aufzeigen soll. Zu den zahlreichen Aktivitäten gehören Ausstellungen, Theaterdarbietungen, Märchenstunden für die Kleinen oder Kurzfilme. Ein Grossteil der Sportvereine im Kanton St.Gallen macht bei "Sport-verein-t" mit. Wenn sie sich aktiv für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern einsetzen, erhalten sie ein zwei Jahre gültiges Qualitätslabel. Da örtliche Behörden dieses Label anerkennen, profitieren die Sportvereine und -verbände von gewissen Privilegien.

Link: <http://www.ekm.admin.ch/de/aktuell/veranstaltungen.php>

Links zu den Projekt-Beispielen und Kurzprotokollen der Workshops:

- Präsentation "["Lausannes avec couleurs"](#) (Gabriella Amarelle)
- Präsentation [Sport-verein-t](#) (Bruno Schöb)
- [Kurzprotokolle](#) aus den Arbeitsgruppen

Vorankündigung

Die Nationale Tagung der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen findet am **29. Oktober 2009** zum Thema „Neue Migration & Transnationalismus“ in Olten statt.

Link: www.ekm.admin.ch

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Umsetzung der Weltkonferenz gegen Rassismus in der Schweiz

Vom 20.- 24. April 2009 fand in Genf die von der UNO organisierte «Durban Review Konferenz» statt. Sie soll die Umsetzung der Erklärung und des Aktionsprogramms der UNO Weltkonferenz von Durban im Jahre 2001 überprüfen und weitere Massnahmen zur Bekämpfung von Rassismus entwickeln.

In ihrer neusten Stellungnahme evaluiert die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR die Wirkung der Durban Weltkonferenz gegen Rassismus (2001) in der Schweiz. Sie hält fest, dass die Schweiz keinen nationalen Aktionsplan erstellt und damit keine direkte Umsetzung in Angriff nahm. Dennoch erlangten verschiedene Forderungen der Weltkonferenz auch hier Geltung.

Als positive Schritte im Sinne der Weltkonferenz nennt die EKR die Gründung der Fachstelle für Rassismusbekämpfung im Eidgenössischen Departement des Innern, neue Kantonsverfassungen mit Diskriminierungsverbot, Bestrebungen zu einem nationalen Monitoring zu Rassismus, Sensibilisierungsmassnahmen bei Kantonspolizeien, Schulung zur Rassismusbekämpfung im Gesundheitswesen und das interkantonale Grundschulprojekt «Harmos», das auf grössere Gleichheit in Schule und Erziehung zielt.

Es fehlt nach Meinung der EKR jedoch in der Schweiz ein allgemeines Diskriminierungsverbot im Zivilrecht, die Opferberatung ist sehr schwach ausgebildet und wird nicht finanziert, die Rechtssprechung ist bei politischem Ausdruck von Rassismus und bei Einlassverweigerungen zu zögerlich. Auch ist die Rassismusbekämpfung in den föderalen Strukturen noch zu wenig verankert, schreibt die EKR.

Link: <http://www.ekr.admin.ch/dokumentation/00144/index.html?lang=de>

„Tangram 23“ - Mehrfachdiskriminierung

Das aktuelle Bulletin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus präsentiert neueste Erkenntnisse zur Mehrfachdiskriminierung. Hierbei fliessen unter anderem auch die Ergebnisse der Tagung «Diskriminierung: einfach - doppelt - mehrfach» ein, welche die EKR 2008 in Kooperation mit der Fachhochschule Nordwestschweiz - Hochschule für Soziale Arbeit und mit der School of Management and Law der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften zhaw durchgeführt hat.

Mehr Informationen: <http://www.ekr.admin.ch/aktuell/index.html?lang=de>

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

„Mit dem Recht gegen rassistische Diskriminierung“

Wie können Mitarbeitende von Verwaltung, von NGOs und Vereinen Diskriminierung erkennen und Betroffene beraten?

In einem neuen Weiterbildungsangebot werden praxisorientierte Wege aufgezeigt, wann und wie das Recht eingesetzt werden kann, um sich gegen rassistische Diskriminierung in den wichtigsten Bereichen des täglichen Lebens zur Wehr zu setzen: Wohnungssuche, Schule, Familie, Arbeitsmarkt, Kontakt mit Behörden, privatwirtschaftliche Dienstleistungen.

Grundlage der Kurse bildet der neue Rechtsratgeber rassistische Diskriminierung der Fachstelle für Rassismusbekämpfung. Die Kurse werden auf das jeweilige Zielpublikum massgeschneidert. Das Angebot wird auf deutsch und französisch durchgeführt und kann auf Anfrage überall in der Schweiz stattfinden.

Weitere Informationen, sowie Bestellung des Rechtsratgebers: Fachstelle für Rassismusbekämpfung, 3003 Bern, ara@gs-edi.admin.ch, 031 324 10 33

Link: www.edi.admin.ch/ara

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Fachtagung vom 24. September 2009

Im Rahmen des Ausländergesetzes (Art. 56 AuG) haben Bund, Kantone und Gemeinden für eine angemessene Information der Ausländerinnen und Ausländer im Hinblick auf Lebens- und Arbeitsbedingungen, Rechte und Pflichten sowie bestehende Angebote zur Integrationsförderung zu sorgen. Doch wie erreichen die wesentlichen Informationen die Zielgruppen?

Die Fachtagung „Informationsvermittlung in der Integrationsarbeit: angemessen und zielgruppengerecht!“ bietet eine Auseinandersetzung mit der praktischen Umsetzung des Informationsauftrages und will anhand von Vorträgen und Best-Practice-Beispielen den Fragen nachgehen, wie die Umsetzung konkretisiert wird:

- Wie sehen konkrete Ansätze für die Umsetzung des Informationsauftrages aus?
- Welche Mittel und Medien bieten sich an, um Informationen zu verbreiten?
- Wie können speziell schwer erreichbare Zielgruppen angesprochen werden?
- Welche Anforderungen stellen sich an die Regelstrukturen und Kompetenzzentren Integration?

Die Veranstaltung wird durchgeführt von der Schweizerischen Konferenz der Fachstellen für Integration KoFI in Zusammenarbeit mit der GGG Informationsstelle Integration in Basel.

Ort: Bildungszentrum 21, Missionsstrasse 21, Basel; Auditorium

Programm und Anmeldung: www.kofi-cosi.ch

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Solothurner SKOS-Tage 3./4. September 2009

Die diesjährigen SKOS-Tage stehen unter dem Thema „Prävention, Aktivierung und Integration in Zeiten wirtschaftlicher Krise“.

Die Schweiz befindet sich am Anfang einer tiefen Rezession. Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO rechnet für 2010 mit einer Arbeitslosenquote von 5.2 Prozent, was für die Sozialhilfe klar absehbare Folgen hat: steigende Fallzahlen bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen der öffentlichen Hand. Diese Situation erfordert eine wirksame Prävention von Armut, damit Menschen nicht von der Sozialhilfe abhängig werden. Gleichzeitig braucht es Anstrengungen im Bereich der Integration, um die Unabhängigkeit von Sozialhilfebeziehenden zu fördern.

Die Tagung richtet ihren Blick deshalb einerseits auf die Prävention, wobei die Frühintervention bei Kindern und Jugendlichen im Zentrum steht. Andererseits setzt sie einen Akzent auf die Aktivierung und Integration. Nachdem die auf Anreize setzenden SKOS-Richtlinien vier Jahre in Kraft sind, soll ein Moment des Nachdenkens eingeschaltet werden. Verschiedene Workshops bieten die Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und über erfüllte und unerfüllte Hoffnungen zu diskutieren.

Infos zu Programm und Anmeldung:

<http://www.skos.ch/de/?page=veranstaltungen/>

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Neue Leitung der Fachstelle Integration und Beratung

Frau Carole Kappeler, die seit Dezember 2008 interimistisch den Bereich Integration beim Migrationsamt des Kantons Aargau führt, hat per 1. Mai 2009 die Leitung der kantonalen Fachstelle Integration und Beratung übernommen.

Carole Kappeler ist bereits eineinhalb Jahre im Bereich Integration tätig und hat am kantonalen Umsetzungskonzept zur Integration der ausländischen Bevölkerung massgeblich mitgearbeitet. Sie ist dadurch mit ihrem Aufgabengebiet bestens vertraut und bringt für die Leitung der Fachstelle optimale Voraussetzungen mit. Der Departementsvorsteher und der Leiter des Migrationsamts haben ihr deshalb in einem breiten Auswahlverfahren gegenüber mehreren externen Bewerbungen den Vorzug gegeben.

Der Departementsvorsteher hat die Leiterin der Fachstelle beauftragt, die im Bundesrecht und im kantonalen Konzept vorgesehenen Massnahmen für die Förderung der Integration der ausländischen Bevölkerung im Aargau umzusetzen und weiterzuentwickeln. Schwerpunkte bilden dabei der Aufbau einer verwaltungsexternen Fachstelle und der Abschluss von Integrationsvereinbarungen.

Link: <http://www.ag.ch/migrationsamt/de/pub/angebote/integration.php>

Migrationskommission gewählt

Neu verfügt der Aargau über eine Kommission für migrationspolitische Fragen.

Der Regierungsrat hat die Mitglieder der Migrationskommission für die Amtsdauer 2009/2013 gewählt.

Das Einführungsgesetz zum Ausländerrecht (EGAR) sieht vor, dass der Regierungsrat eine Kommission für migrationspolitische Fragen einsetzen kann. Mit der Verordnung über die Integration der ausländischen Bevölkerung vom 14. Januar 2009 hat der Regierungsrat die Einzelheiten für die Schaffung dieser Kommission beschlossen.

Die Migrationskommission berät und unterstützt den Regierungsrat bei der Integration der ausländischen Bevölkerung. Sie besteht aus 10 - 12 Mitgliedern und ist breit abgestützt. Dementsprechend vertreten die Mitglieder die wichtigsten gesellschaftlichen Bereiche. Wesentlich ist für den Regierungsrat die Vertretung der Gemeinden in der Kommission. Die Leitung der Kommission liegt beim Vorsteher des Departements Volkswirtschaft und Inneres, Regierungsrat Dr. Urs Hofmann. Das Vizepräsidium übernimmt von Amtes wegen Markus Rudin als Leiter des Migrationsamts.

Um einen möglichst hohen Praxisbezug sicherzustellen, hat der Regierungsrat Personen gewählt, die aufgrund ihrer Tätigkeit in Beruf oder Gemeinde mit Migrantinnen und Migranten befasst sind.

Link:

http://www.ag.ch/medienmitteilung/de/pub/medienmitteilungen/nach_departemente_n.php?controller=Mitteilung&Mitteilungslid=4954&navId=Medienmitteilungen

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Ausländerinnen und Ausländer sollen Stimmrecht erhalten

In Basel wird durch die Einreichung einer Volksinitiative ein neuer Anlauf zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer unternommen.

Seit den neunziger Jahren ist dies der dritte Versuch, Nichtschweizern den Weg an die Urne zu ebnen. 1994 hatten die Linksparteien eine Verfassungsinitiative eingereicht, die vorsah, dass ausländische Staatsangehörige, nachdem sie acht Jahre in der Schweiz - drei davon in Basel - ansässig gewesen waren, die Möglichkeit haben sollten, kantonale zu stimmen und zu wählen. Diese Initiative wurde vom Souverän mit einem Nein-Stimmen Anteil von 74 Prozent abgelehnt.

Einen weiteren Vorstoss gab es im Zusammenhang mit der neuen Verfassung, die 2005 von den Baslern angenommen wurde. Der vorbereitende Verfassungsrat hatte mit der Frage des Ausländerstimmrechts lange gerungen, hatte die Idee zunächst abgelehnt, dann angenommen und schliesslich wieder verworfen. Mit der Ausklammerung des Ausländerstimmrechts wollte man sicherstellen, dass das in seine Grundzügen unbestrittene Gesamtwerk nicht wegen eines einzelnen kontroversen Punktes abgelehnt wird. Jetzt wird das Stimmvolk die Möglichkeit haben, die Sache separat zu beurteilen.

Link: <http://www.auslaenderstimmrecht-bs.ch/de/aktuell/index.php>

- Bund
- Kantone**
- Gemeinden
- Andere Institutionen
- Internationales
- Publikationen
- Webfunde

Neues Gesetz zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Der Luzerner Kantonsrat hat am 22. Juni 2009 dem Gesetz zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in erster Lesung zugestimmt.

Das neue Gesetz stellt als Rahmengesetz eine einheitliche und verbindliche Rechtsgrundlage für die kantonale Gesellschaftspolitik, namentlich in den Handlungsfeldern Alter, Behinderung, Familie, Frau und Mann, Kindheit und Jugend sowie Migration dar. Auf dieser Grundlage werden Chancengerechtigkeit und Integration themenübergreifend und vernetzt gefördert. Im Gesetz vorgesehene Massnahmen sind unter anderem die Entwicklung von Leitbildern und Handlungsstrategien, die Koordination und Regelung der Zusammenarbeit, Wissensvermittlung und Information, sowie die Möglichkeit von Förderbeiträgen.

Link: http://www.lu.ch/download/gr-geschaefte/2007-2011/b_102.pdf

Von der Plattform Integration zur Plattform Gesellschaftsfragen

Im Zuge der Neuorganisation der kantonalen Integrationsstelle wird die bisherige Austausch-Plattform erweitert.

Vor eineinhalb Jahren wurde die kantonale Integrationsförderung mit den Bereichen Kind-Jugend-Familie und Gleichstellung von Frau und Mann in der Fachstelle Gesellschaftsfragen zusammengeführt. Damit wollte der Regierungsrat die Umsetzung der kantonalen Gesellschaftspolitik stärken und die verschiedenen Bereiche zur Förderung der Integration und Chancengerechtigkeit besser untereinander verbinden.

Im Zuge dieser Neuorganisation werden auch die unter dem Namen «Plattform Integration» bekannten Vorabendveranstaltungen künftig als «Plattform Gesellschaftsfragen» breiter gestaltet. Die erste neu konzipierte Plattform fand am 23. Juni 2009 statt und war dem Thema ‚Sprache und Integration im Vorschulbereich‘ gewidmet. Aufgrund erster Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt ‚Sprachförderung im Frühbereich‘ der Fachstelle Gesellschaftsfragen wurden mögliche Wege der Zusammenarbeit zwischen Fachpersonen und Eltern im Vorschulbereich beleuchtet.

Die Plattform 2009 wurde von den beiden Bereichen Integration und Kind-Jugend-Familie vorbereitet.

Link: <http://www.disg.lu.ch/index/integration.htm>

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Bürgerschaftscharta

Die Aufnahme und die Integration von Personen aus der Schweiz und aus dem Ausland stellen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das soziale Gleichgewicht der Städte und Gemeinden des Kantons Neuenburg eine grosse Herausforderung dar.

Aus diesem Grund äusserte der Regierungsrat den Wunsch, eine Bürgerschaftscharta einzuführen, die den jährlich 5'000 bis 6'000 neu in den Kanton gezogenen Personen von den Gemeindeverwaltungen ausgehändigt wird. Ziel dieser Charta ist, die Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger ab ihrer Ankunft über die Grundlagen und wesentlichen Grundsätze der neuenburgischen Demokratie zu informieren.

Die Bürgerschaftscharta besteht aus insgesamt fünf Schlüsseldokumenten: Im Dokument „Fondements et principes de la République et canton de Neuchâtel“ werden die Verfassungsgrundsätze des Kantons Neuenburg dargelegt, im Informationsblatt „Mémento“ die demokratischen Grundlagen und Grundsätze des Kantons zusammengefasst, in der Willkommensbroschüre „Bienvenue dans le canton de Neuchâtel“ die wichtigsten Adressen aufgelistet, im Faltprospekt „Programme d'intégration et de connaissances civiques“ die aktuellen Integrations- und Staatskundekurse aufgeführt und im Kalender „Quatre saisons – à vivre !“ die wichtigsten gesellschaftlichen und kulturellen Anlässe der Region Neuenburg angegeben. Diese Dokumente werden in verschiedene Sprachen übersetzt.

Die Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger werden gebeten, bei Übergabe der Charta eine Empfangsbestätigung zu unterzeichnen.

Links:

- www.ne.ch/cosm

- www.ne.ch/charte

Bund	<h2>NeuchàToi 2009 speziell für Jugendliche</h2> <p>Der politische Einfluss der jüngeren Generation auf die Entwicklung der Gesellschaft scheint praktisch gleich null zu sein, zumindest in Anbetracht der Beteiligungsquoten der Jugendlichen an Abstimmungen und Wahlen.</p> <p>Doch oft wird nicht zur Kenntnis genommen, dass sich die Jugend engagiert und mobilisiert – zumeist für wichtige humanitäre oder ökologische Probleme. Solange sie die geltende Ordnung nicht stört, wird ihrer Meinung nicht selten wenig Interesse entgegengebracht!</p>
Kantone	
Gemeinden	
Andere Institutionen	
Internationales	
Publikationen	
Webfunde	

So weit nichts Neues. Was wissen wir tatsächlich über das Zugehörigkeitsgefühl der Jugendlichen, über ihre Wünsche und Bedürfnisse, ihr Weltbild und ihre Vorstellungen für die Zukunft? Um ein paar Anhaltspunkte zur Beantwortung dieser Fragen zu erhalten, wird im Kanton Neuenburg von Mai bis November dieses Jahres die Veranstaltung „NeuchàToi 2009 – Spécial jeunes“ durchgeführt.

Mit NeuchàToi 2009 sollen vor allem die Jugendlichen des Kantons Neuenburg eine Plattform erhalten. Die Veranstaltung soll zu einem besseren Verständnis ihrer Welt, ihrer Beziehungen zu den anderen und ihrer Wünsche führen. Zahlreiche Jugendliche haben die Gelegenheit beim Schopf gepackt und werden dieses Forum in mehr als vierzig Anlässen nutzen, deren inhaltlicher Reichtum, gestalterische Diversität, Kreativität und Durchmischung Abbild eines Grossteils der heutigen Jugend sind.

Unter Beteiligung von rund 60 Partnern engagieren sich mehr als 500 Jugendliche für die Durchführung der Aktivitäten. Die Zeitschrift „Interdialogos“ nimmt das Thema der neuen Ausgabe von „NeuchàToi 2009 – Spécial jeunes“ auf. Sie widmet eine Ausgabe der Stellung der Jugendlichen in der schweizerischen Gesellschaft und bietet mögliche Antworten in Bezug auf die Jugendpolitik, auf das Zugehörigkeitsgefühl der Jugendlichen oder auf Lebensräume, die sie als vollwertige Akteure beleben.

Links:

- www.ne.ch/cosm
- www.neuchatoi.ch
- www.ne.ch/interdialogos

Bund
Kantone
Gemeinden
Andere Institutionen
Internationales
Publikationen
Webfunde

9. St. Galler Denkwerkstatt Integration

Die Frage, wie Integration erfolgreich umgesetzt werden kann, ist in zahlreichen St. Galler Gemeinden ein aktuelles Thema. An einer vom Kanton organisierten Veranstaltung wurden Ideen und konkrete Projekte vorgestellt.

«Erfolgreiche Integrationspolitik in den Gemeinden» war das Thema der diesjährigen Denkwerkstatt, welche von der kantonalen Integrationsförderung organisiert wurde. Bund, Kantone und Gemeinden sollen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die Anliegen der Integration berücksichtigen und günstige Rahmenbedingungen für die Chancengleichheit und die Teilhabe der ausländischen Bevölkerung am öffentlichen Leben schaffen. Wie kann dieser Auftrag auf Gemeindeebene umgesetzt werden? Was macht erfolgreiche Integrationspolitik auf Gemeindeebene aus? Wie kann Integration auf Gemeindeebene erfolgreich gefördert werden?

Diese Fragen wurden an der St. Galler Denkwerkstatt mit rund 80 Vertretungen aus Schul- und politischen Gemeinden erörtert. Für den Anlass konnte eine Referentin der deutschen Bertelsmann Stiftung gewonnen werden, die sich intensiv mit der Frage der Integration in Gemeinden befasste und Handlungsempfehlungen vorlegte. Nach verschiedenen Inputreferaten wurden am Nachmittag in Workshops gute Projektbeispiele vorgestellt, die die Gemeinden vor Ort umsetzen können; denn erfolgreiche Integration ist kein Zufall.

Weitere Informationen zur Denkwerkstatt sind auf dem Internet unter www.enzian.ch und www.bertelsmann-stiftung.de verfügbar.

Dritte Interreligiöse Dialog- und Aktionswoche IDA

In der Woche vor dem Betttag (14.-20. September 2009) findet im Kanton St. Gallen nach 2005 und 2007 zum dritten Mal die interreligiöse Dialog- und Aktionswoche IDA statt.

Die Gesellschaft ist heute im Kanton St. Gallen durch eine grosse religiöse Vielfalt geprägt. Sowohl auf Seiten der einheimischen Bevölkerung als auch auf Seiten der Zugewanderten gibt es Fragen, die geklärt, und Bedürfnisse, die respektiert werden müssen.

Die Aktionswoche IDA will den Dialog zwischen Menschen verschiedener Glaubensrichtungen durch konkrete Aktionen sicht- und erlebbar machen.

Klosterhof wird zum Ort der Begegnung

Während der IDA-Woche 2009 wird auf dem Klosterhof das "Respect Camp" aufgebaut. Die kleine Zeltstadt richtet sich an Jugendliche und greift die Themen "interreligiöser Dialog" und "Beziehungen" auf. Die Initiative für das Projekt stammt von den Jugendfachstellen der Landeskirchen.

Am Vorabend des Bettags findet auf dem Klosterhof eine interreligiöse Feier statt. Gläubige verschiedener Religionen gestalten in Zusammenarbeit mit der Integrationsförderung der Stadt St.Gallen das festliche Programm. Der Anlass wird mit einem muslimischen Fastenbrechen im Pfalz Keller abgeschlossen. Die Initiativen sind jedoch nicht nur auf die Stadt St.Gallen beschränkt: so bereiten acht interreligiöse Arbeitskreise in den Regionen IDA-Anlässe vor.

Link: www.ida-sg.ch

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Engagement für die Frühe Förderung

Nach der letztjährigen Impulstagung machte sich die Vernetzungsgruppe „Frühe Förderung Schaffhausen“ an die Ausarbeitung eines Grundlagenpapiers, das sie Ende 2008 der Vorsteherin des Erziehungsdepartements, Rosmarie Widmer Gysel, überreichte.

Seit mehr als zwei Jahren engagieren sich die wichtigsten Akteure in der Vernetzungsgruppe „Frühe Förderung Schaffhausen“. Das erwähnte Grundlagenpapier wurde mit grossem Wohlwollen und Interesse entgegengenommen. Gleichzeitig erarbeitete die Vernetzungsgruppe Weiterbildungsangebote, die dem Fachpersonal in Spielgruppen und Krippen erlauben sollen, den Erwerb von Sprach- und Kommunikationskompetenzen unterstützend zu begleiten.

Zur Intensivierung und Weiterentwicklung des Diskurses veranstaltet die Vernetzungsgruppe im kommenden Herbst eine zweite Tagung. An der Veranstaltung wird es um die Elternbeteiligung gehen; dazu werden wissenschaftliche Standpunkte sowie Praxiserfahrungen referiert und diskutiert. Mit einer spezifischen Ausschreibung im Rahmen des Schwerpunktes Sprache und Bildung sollen Integrationsprojekte im Vorschulalter finanziell unterstützt werden.

Geplante und bereits durchgeführte Aktivitäten fürs Jahr 2009:
Tagung „Frühe Förderung – Eltern stärken“
23. September 2009, 13.30 – 17.30 Uhr

Weiterbildungsangebote zur Sprachförderung in Spielgruppen & Krippen
In 4 unterschiedlichen Angeboten wird im laufenden Jahr die Sprachförderung thematisiert.

Ausschreibung 2009 – Integrationsförderung im Vorschulalter
Integrationsprojekte im Vorschulalter sollen gezielt gefördert werden.

Details und weiterführende Informationen zu allen Angeboten, Stellungnahmen, Veranstaltungen sowie der Ausschreibung befinden sich auf www.integres.ch

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Neues Leitbild und Konzept

Der Regierungsrat hat vom neuen Leitbild und Konzept „Integration von Migrantinnen und Migranten im Kanton Solothurn“ Kenntnis genommen. Basierend auf den Werthaltungen unserer Gesellschaft werden Leitstrategien formuliert. Leitbild und Konzept sind vom Amt für soziale Sicherheit in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz entwickelt worden.

Leitsätze - Schwerpunkt Frühe Förderung – Deutsch - „Übergänge“

In zwölf Leitsätzen wird definiert, wie die kantonale Integrationsarbeit in den kommenden Jahren umgesetzt werden soll. Wer sozialen und auch ökonomischen Gewinn für alle erzielen will, muss gezielt in die Potenziale der hier lebenden Menschen investieren. Und hier ist die frühe Förderung von Kindern, wie auch das Deutschlernen der Mütter zentral. Aber auch in die „Übergänge“ muss investiert werden. Übergänge sind zentrale Weichenstellungen für junge Menschen und ihre "gelingende Integration" in die Gesellschaft: Vom Elternhaus in den Kindergarten, von der obligatorischen Schule in eine Lehre oder eine weiterbildende Schule; von der Ausbildung in das Erwerbsleben.

In Übereinstimmung mit dem Bund fördert und fordert der Regierungsrat folgerichtig Integration vor allem über ein gezieltes Investitionsprogramm „Bildung und Sprache“. In Übereinstimmung mit mehreren Vorstössen des Kantonsparlamentes setzt der Regierungsrat ein klares Zeichen in Bezug auf die „Deutsch-Integrationskurse“ (Steigerung der Anzahl Mütter, die unter Einbezug der Kinder Deutschkurse besuchen), um Angebot und Nachfrage signifikant zu steigern.

In weiteren Schwerpunkten geht es darum, eine Willkommenskultur im Kanton Solothurn zu etablieren, Migrantinnen und Migranten zu befähigen, mit unserem Gesundheitssystem umzugehen, Berufsintegrationskurse zu fördern, Quartierentwicklungsprojekte in grösseren Einwohnergemeinden des Kantons zu initiieren.

Das Gesamtprogramm (Projektplan 2009 – 2012) sieht jährliche Mittel von 800'000 Franken vor. Um Integration verbindlich auszugestalten, soll langfristig flächendeckend auf individuelle Integrationsvereinbarungen gesetzt werden.

Link: <http://www.so.ch/departemente/inneres/soziale-sicherheit/themen/problemlagen/integration-migration.html>

- Bund
- Kantone
- Gemeinden**
- Andere Institutionen
- Internationales
- Publikationen
- Webfunde

Beitritt zur Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus

Die Stadt Bern ist im Mai der Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus beigetreten. Der Gemeinderat bekräftigt damit seinen politischen Willen, aktiv gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen.

Die Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus ist Teil einer 2004 gestarteten weltweiten Initiative der UNESCO. Sie hat zum Ziel, ein internationales Netzwerk von Städten zu schaffen, die sich gemeinsam gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen. Dazu wurde von der Europäischen Städte-Koalition ein 10-Punkte-Aktionsplan erarbeitet, zu dessen Umsetzung sich die Mitgliedsstädte verpflichten. Es steht ihnen aber frei, welche Massnahmen zu den einzelnen Punkten ergriffen werden.

Der Beitritt der Stadt Bern zur Koalition geht auf einen Vorstoss aus dem Stadtrat zurück. Der Gemeinderat hat in der Folge das Kompetenzzentrum Integration mit der Erarbeitung des Beitrittsantrags und des Aktionsplans beauftragt. Die Stadt Bern setzt sich zum Ziel, die 37 Massnahmen des Aktionsplans innerhalb der nächsten vier Jahre umzusetzen. 2013 wird darüber zu beschliessen sein, welche neuen Massnahmen nötig sind und welche Massnahmen weitergeführt werden.

Neben konkreten und vielfältigen Massnahmen zur Bekämpfung von Rassismus ist die entschiedene Haltung der politischen Autoritäten gegen Rassismus unabdingbar. Die Stadt Bern bezieht mit dem Beitritt zur Koalition und dem Aktionsplan einmal mehr deutlich Stellung und setzt ein Zeichen gegen Rassismus.

Der Aktionsplan ist auf der Website www.integration.bern.ch aufgeschaltet.

Broschüre erleichtert Verwaltungsangestellten den Umgang mit fremdsprachiger Kundschaft

Das Kompetenzzentrum Integration hat die Broschüre „Im Kontakt mit fremdsprachigen Personen – Tipps für den Verwaltungsalltag“ überarbeitet und neu aufgelegt. Die Publikation vermittelt Verwaltungsangestellten Tipps und Tricks für die bessere Verständigung mit fremdsprachigen Kundinnen und Kunden.

Die Broschüre wird allen Stellen mit Publikumskontakt in der Stadt Bern zugestellt und steht online zum Download zur Verfügung.

Link: www.integration.bern.ch

- Bund
- Kantone
- Gemeinden**
- Andere Institutionen
- Internationales
- Publikationen
- Webfunde

Integrationspreis der Stadt Bern 2009

Der diesjährige Integrationspreis der Stadt Bern für besondere Verdienste um die Integration der Migrationsbevölkerung geht an das Zeittauschprojekt „bazore“.

Der Preis ist mit 5'000 Franken dotiert. Das Projekt, welches seit 2006 im Murifeld-Quartier läuft, überzeugte die Jury durch seine einfache aber effektive Idee: Die Teilnehmenden tauschen ihre eigene Zeit, ihre Fähigkeiten und ihre Talente gegen die von Anderen. Es entsteht so eine Art Markt, wo in besonderem Masse die Kontakte zwischen der ansässigen und der Migrationsbevölkerung im Vordergrund stehen.

Der mit 2'000 Franken dotierte Förderpreis geht dieses Jahr an das „Midnight-Projekt Bern West“ für sein besonders innovatives Engagement und Potenzial in der Integrationsarbeit. Dieses Projekt ermöglicht Jugendlichen, mit und ohne Migrationshintergrund, am Samstagabend den Zugang zur Turnhalle Schwabgut in Bümpliz. Dort können die jungen Leute ihre Freizeit im eigenen Quartier sinnvoll mit Sport gestalten.

Details zu den Projekten und den andern Eingaben sind auf der Website www.integration.bern.ch ersichtlich.

Info über das bernische Schulsystem in elf Sprachen

Durch eine neue DVD-Reihe sollen in erster Linie Eltern über das bernische Schulsystem informiert werden. Alle Informationen sind in elf Sprachen verfügbar.

Das Schulamt der Stadt Bern hat eine DVD-Reihe entwickelt, mit der es Mütter und Väter über die aktuelle Schulstufe ihrer Kinder informiert. Anhand der DVDs erfahren Eltern, wie sie ihre Kinder unterstützen können. Die Reihe umfasst jeweils eine DVD zum Kindergartenentrtritt, zum Schuleintritt sowie zur Oberstufe / Berufswahl. Alle Informationen sind in elf Sprachen verfügbar. Die kürzlich erschienene DVD zum Schuleintritt wird allen Stadtberner Eltern von sechsjährigen Kindern zugestellt.

Geplant ist noch eine vierte DVD zur Mittelstufe und zum Übertritt in die Oberstufe. Interessierte Personen können die DVDs beim städtischen Schulamt beziehen.

Bezugsadresse:
Schulamt der Stadt Bern
Effingerstrasse 21, Postfach 8125, 3001 Bern
031 321 64 60, schulamt@bern.ch

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Magazin der Fachstelle für Integration FFI

Die neueste Ausgabe des FFI Magazins 5/2009 ist online.

Themenschwerpunkte bilden:

- Ulrich Tilgner in Frauenfeld
- Die Schweiz - wie sie funktioniert: Ein neues Kursangebot
- Dolmetscher auf der Psychotherapiestation
- Ansichten zu "Migration"
- und viele spannende weitere Artikel

Sie können das PDF-Dokument unter:

<http://www.infomig.ch/index.php/ffi-ueber-uns/ffi-magazin.html>
herunterladen.

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Interkulturalität: Was ist das genau?

Das Lausanner Büro für Integrationsförderung (Bureau lausannois pour l'intégration des immigrés, BLI) bietet eine vierteilige Ausbildungsreihe zum Thema Interkulturalität an, in dem die derzeitigen theoretischen und praktischen Herausforderungen in diesem Bereich behandelt werden.

Die Ausbildungsreihe verfolgt das Ziel, Mitgliedern von Vereinigungen, Lehrkräften und im Sozialbereich tätigen Personen Schlüssel zum Verständnis der Interkulturalität und entsprechende Arbeitsinstrumente zu bieten. Wie stehen die verschiedenen, in der Schweiz wohnenden Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund der Interkulturalität gegenüber? Wie können die interkulturellen Ansätze analysiert werden, um die zurzeit festgestellten Diskriminierungen und Ungleichheiten besser zu verstehen? Wie beantworten Personen, die „mit anderen Leuten arbeiten“ diese Fragen? Welche Antworten können vor Ort und Stelle gegeben werden? Die Ausbildungsreihe wird das Verständnis der Interkulturalität im Rahmen der Vereins- und Berufspraxis fördern und die Durchführung von Projekten in diesem Bereich ermöglichen.

Die Ausbildung wird in Zusammenarbeit mit der Fondation Education et Développement und der Ecole d'études sociales et pédagogiques von Lausanne organisiert. Sie findet am Samstag, 19. September (9 -13 Uhr), Donnerstag, 1. Oktober (18 - 21 Uhr), Donnerstag, 8. Oktober (18 - 21 Uhr) und Samstag, 31. Oktober (9 -13 Uhr) statt. Anmeldung bis am 30. Juli 2009.

Auskunft und Anmeldung:

Bureau lausannois pour l'intégration des immigrés, Place de la Louve 1, Postfach 6904, 1002 Lausanne, 021 315 72 45, bli@lausanne.ch, www.lausanne.ch/bli

- Bund
- Kantone
- Gemeinden**
- Andere Institutionen
- Internationales
- Publikationen
- Webfunde

"Integrationsartikel" im Volksschulgesetz

Der Artikel 17 des Volksschulgesetzes des Kantons Bern, kurz "Integrationsartikel" genannt, verlangt eine vermehrte Integration aller Schülerinnen und Schüler in die ordentlichen Regelklassen der Volksschule. Im Auftrag des Kantons hat die Stadt Thun ein Förder- und Integrationskonzept erarbeitet. Es wird fristgerecht auf Schuljahr 2009/10 an den Thuner Schulen eingeführt.

Der Grosse Rat des Kantons Bern hat 2001 beschlossen, eine integrativere Volksschule zu gewährleisten. Seit Anfang 2008 ist eine entsprechende Verordnung in Kraft. Jeder Gemeinde steht ein, von der Anzahl Schulkinder abhängiger und mit einem Sozialindex gewichteter, Lektionenpool zu. Anders als andere Städte muss Thun keine Lektionen abbauen, sondern will vermehrt mit kooperativen Unterrichtsmethoden arbeiten. Gemäss Vorgabe des Kantons ist die künftige Organisation der besonderen pädagogischen Massnahmen (1'138 Wochenlektionen Spezialunterricht inkl. besondere Klassen und 43 Lektionen Begabtenförderung) ab 1. August 2009 einzuführen und ab 1. August 2011 umzusetzen. Die Stadt Thun legt mit ihrem Förder- und Integrationskonzept eine eigene Strategie fest, wie sie die kantonalen Mittel einsetzen will.

Begleitet wird die Einführungs- und Umsetzungsphase dieses Förder- und Integrationskonzepts ab 1. August 2009 von der Fachkommission Integration und besondere Massnahmen. Die Fachkommission wird die Schulkommission in Fragen der Integration und besonderen Massnahmen beraten sowie Abläufe koordinieren.

Link: <http://www.thun.ch/integration>

- Bund
- Kantone
- Gemeinden**
- Andere Institutionen
- Internationales
- Publikationen
- Webfunde

Frühförderungsleitbild

Die Stadt Winterthur will mit verschiedenen Massnahmen die Kinder bereits im Vorschulalter fördern und ihre Startchancen verbessern.

Kinder aus benachteiligten Familien haben oft Schwierigkeiten in der Schule, später auch beim Einstieg in die Berufsausbildung und ins Erwerbsleben. Dadurch steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie von der Sozialhilfe abhängig werden.

Der Stadtrat liess deshalb ein Leitbild und Konzept "Frühförderung in Winterthur" erarbeiten. Es wurde in enger Kooperation mit dem kantonalen Jugendsekretariat sowie unter Mitwirkung vieler Fachpersonen entwickelt, die in Winterthurer Institutionen für Kinder im Vorschulalter tätig sind. Das Konzept wie auch der darauf basierende Massnahmenplan bauen auf die bereits vorhandenen Angebote und Fachstellen für Eltern und Kinder im Vorschulalter auf.

Mit den präventiven Massnahmen soll erreicht werden, dass die Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe gestärkt werden und Angebote wie Elternbildungskurse, Spiel- und Krabbelgruppen auch von wenig privilegierten Personen genutzt werden. Schliesslich sollen die städtischen, kantonalen und privaten Fachstellen und Fachpersonen optimal zusammenwirken. Dazu soll eine Fachstelle Frühförderung eingerichtet werden. Sie hat die Aufgabe, alle mit Kleinkindern befassten Stellen zu vernetzen, damit Familien mit besonderen Förderbedürfnissen erkannt und den richtigen Angeboten zugewiesen werden können.

Weitere Informationen und das Konzept finden Sie unter www.integration.winterthur.ch unter "Publikationen".

Bund
Kantone
Gemeinden
Andere Institutionen
Internationales
Publikationen
Webfunde

Lernfeedbackformular Sprachförderung

Der Nachweis von Sprachkenntnissen ist - unter anderem im Zusammenhang mit dem Aufenthalts- oder dem Einbürgerungsrecht - ein aktuelles politisches Thema.

Die gängigen, dem gemeinsamen europäischen Referenzrahmen (GER) entsprechenden Prüfungsverfahren eignen sich häufig nicht für die fremdsprachige Migrationsbevölkerung in der Deutschschweiz. Um im Rahmen der aktuellen städtischen Sprachförderung trotzdem Aussagen über erzielte Lernfortschritte machen zu können, hat die Integrationsförderung ein Lernfeedbackformular entwickelt, welches in den nächsten Wochen den Leitenden von städtisch mitfinanzierten Deutschkursen vorgestellt und Ende Semester ein erstes Mal erprobt wird.

Der Entwurf des Formulars sowie des dazugehörigen «Beurteilungsrasters» ist auf die Migrationsbevölkerung zugeschnitten, visualisiert auch kleinschrittige Entwicklungen des Spracherwerbs und wurde von Fachkreisen sowie der nationalen Projektgruppe «Lernfortschrittskontrolle in niederschweligen Deutschkursen» sehr interessiert und positiv aufgenommen.

Auskunft: barbara.thurnher@zuerich.ch

Projekt Ausländerbeirat zu Ausbildungsplätzen

Der Ausländerbeirat der Stadt Zürich hat ein Projekt lanciert, das die Schaffung von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen in von Migrantinnen und Migranten geführten Betrieben zum Ziel hat. Das diesbezüglich noch ungenutzte Potenzial, von dem insbesondere auch ausländische Jugendliche profitieren könnten, ist relativ gross. Die Betriebe sollen motiviert und können sowohl fachlich als auch administrativ unterstützt werden.

Auskunft: rosanna.raths@zuerich.ch

Vorankündigung: Migrationskonferenz am 18. September 2009

Am Vormittag des 18. Septembers 2009 findet die Zürcher Migrationskonferenz 2009 statt. Sie wird auf die zunehmende Bedeutung von «neuen» religiösen Minderheiten hinweisen und insbesondere deren räumliche Präsenz in Städten und Gemeinden von verschiedenen Seiten her beleuchten.

Link: www.stadt-zuerich.ch/integration

Bund
Kantone
Gemeinden
Andere Institutionen
Internationales
Publikationen
Webfunde

Neues Präsidium gewählt

Die an der jährlichen Generalversammlung vom 26. April 2009 anwesenden Delegierten des FIMM Schweiz haben Frau Emine Sariaslan zur Präsidentin gewählt. Das FIMM vereint 255 Delegierte aus mehr als 700 eingetragenen Mitgliederorganisationen aus allen Teilen der Schweiz.

Seit seinen Anfängen hat das FIMM Schweiz die Gleichheit zwischen Frauen und Männern als eine seiner Prioritäten angesehen. Entgegen manchen Vorurteilen, die hinter MigrantInnenorganisationen patriarchale Strukturen vermuten, forderten die Charta und die Praktiken des FIMM Schweiz die rechtliche und faktische Gleichheit zwischen den Geschlechtern.

Emine Sariaslan ist Sozialarbeiterin mit türkischen Wurzeln und Gemeinderätin (Legislative) der Stadt Bern. Sie engagiert sich bereits seit mehreren Jahren für Menschenrechte und Integrationsfragen. „Die Unterschiede, die begründet sind in der unterschiedlichen Kultur und gesellschaftlichen Herkunft, sind nicht von heute auf morgen aus der Welt zu schaffen, die Integration muss vielmehr als Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und als Prozess gesehen und gelebt werden. Genau an diesem Punkt ist es wichtig, den Dialog und das gegenseitige Verständnis in den Vordergrund zu stellen statt das Trennende und die Andersartigkeit zu betonen. Wir sollten vielmehr die verbindenden Besonderheiten und Werte hervorheben und deutlich machen, dass diese eine entscheidende Rolle im Zusammenleben spielen.“

Emine Sariaslan löst - nach einem Jahr als Vizepräsidentin - Antonio Da Cunha als Präsidenten ab. Die Delegierten des FIMM Schweiz dankten anlässlich der Generalversammlung Herrn Da Cunha herzlich für seinen Einsatz in den letzten fünf Jahren an der Spitze des FIMM Schweiz.

Der in Genf lebende Ökonom und interkulturelle Vermittler Magueye Thiam wurde zum Vizepräsidenten gewählt. Er befasst sich seit 1994 mit Migrationsfragen und war Vorstandsmitglied des Dolmetscherverbandes. Er bildet zusammen mit Fiammetta Jahreiss, die letztes Jahr in dieses Amt gewählt wurde, das Vizepräsidium des FIMM.

An der Generalversammlung hat das FIMM Schweiz zudem die Initiative gegen den Bau von Minaretten, die dem Volk vorgelegt wird, einstimmig zur Ablehnung empfohlen. Aus Sicht des FIMM schürt diese Initiative unbegründete Ängste und verstärkt Vorurteile gegenüber den rechtmässig in der Schweiz lebenden Migrantinnen und Migranten.

Link: www.fimm.ch

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Neues Fortbildungsangebot

Das National Coalition Building Institute NCBI offeriert ein neues Fortbildungsangebot „Lokale Projektentwicklung für Integration, Sprachförderung und Schulerfolg“.

Der Kurs beinhaltet Themen wie:

- Sprachförderung und Schulerfolg
- Identität
- Interkulturelle Elternarbeit
- Interkulturelle Konfliktlösung
- Rolle der Kulturvermittler/innen
- Organisation und Auswertung einer wirksamen, integrativen Veranstaltung
- Persönlichkeitsentwicklung und mehr...

Der Kurs wird von der Integrationsförderung Kanton Zürich mitfinanziert.
Kursort: Zürich

Weitere Infos unter: www.ncbi.ch

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Familiengärten für Migrantinnen

Ab Mitte April können Migrantinnen - vorzugweise Flüchtlingsfrauen - auf drei Arealen der Stadt Bern gemeinsam gärtnern.

Das Angebot richtet sich im Speziellen an Frauen, welche noch nicht lange in der Schweiz leben oder aus anderen Gründen noch nicht über ein tragendes soziales Netz respektive Tagesstruktur verfügen.

Um die Integration von Migrantinnen zu fördern, pachtet HEKS an verschiedenen Standorten im Kanton Bern Familiengärten und bewirtschaftet diese zusammen mit den Frauen.

Die Teilnehmerinnen verpflichten sich für die Dauer eines Gartenjahres (April bis Oktober) und beteiligen sich mit 100 Franken an den Kosten für Werkzeug, Infrastruktur und Pflanzgut.

Die Gärten sind Treffpunkt und Arbeitsort zugleich, wo sich die Migrantinnen über das Leben in der Schweiz in deutscher Sprache austauschen können. Während der gemeinsamen Gartenarbeit lernen sie den biologischen Gartenbau kennen. Sie organisieren und koordinieren ihre Arbeit selbstständig und stärken so das Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten.

Kontakt:
HEKS Regionalstelle Bern
Neue Gärten Bern
Angela Losert
Schwarztorstrasse 124, Postfach 6555
3001 Bern
Tel.: +41 31 385 18 47
E-Mail: losert@heks.ch

Link: www.heks.ch

- Bund
- Kantone
- Gemeinden
- Andere Institutionen**
- Internationales
- Publikationen
- Webfunde

Weiterbildung „Migrationsethik“

Das Ethik-Zentrum der Universität Zürich offeriert im November 2009 vier Weiterbildungstage zum Thema „Migrationsethik“ im Rahmen der Advanced Studies in Applied Ethics (ASAE).

Im Zusammenhang mit der Asyl- und Migrationspolitik fallen auffallend oft Begriffe, die auf ethische Missstände hinzuweisen scheinen. Auch in den öffentlichen Debatten über eine weitere Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts wurde und wird immer wieder an das moralische Gewissen der Entscheidungsträger appelliert, etwa indem auf die humanitäre Tradition der Schweiz oder auf die Menschenwürde der Migrantinnen und Migranten verwiesen wird. Handelt es sich dabei bloss um politische Rhetorik? Wie sind die Migrations- und Asylpolitik und ihre Sachzwänge aus Sicht der Ethik zu bewerten? In wessen Verantwortung läge es, welchen Missständen mit welchen Mitteln abzuhelpfen?

Der Weiterbildungskurs zum Thema "Migrationsethik" will diese und weitere Fragen aufnehmen. Ausgehend von einer Analyse der rechtlichen Situation (national wie global) werden Grundkonzepte der Migrationspolitik wie "politische Mitgliedschaft", die Bedeutung von Staatsgrenzen, Integration und Assimilation, politisches Asyl und wirtschaftliche Migration aus der Sicht der Ethik kontrovers diskutiert. Der Kurs thematisiert Brennpunkte der nationalen wie der globalen Migrationspolitik: Von den hiesigen Spannungsfeldern wie beispielsweise den Härtefallregelungen, dem Integrationskonzept des Bundes oder den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht wird die Brücke geschlagen zu globalen Themen wie etwa der jährlich zunehmenden Anzahl der intern Vertriebenen oder den "Remittances", welche die einen als besonders geeignetes Instrument der Entwicklungshilfe loben und andere für einen Teil des «Brain Drain» verantwortlich machen. Der Weiterbildungskurs verbindet die Vermittlung ethischer Theorien mit konkreten Fallbeispielen aus der Praxis. Die praktische Perspektive wird durch die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration sowie mit dem IKRK und der DEZA gewährleistet.

Die Weiterbildung richtet sich an Personen, die an einer ethischen Auseinandersetzung mit den aktuellen Streitfragen der Asyl- und Migrationspolitik interessiert sind. Insbesondere richtet sie sich an Personen, die durch ihre berufliche Tätigkeit auf Bundes-, Kantons und Gemeindeebene (Migrations- und Sozialämter), bei Nichtregierungsorganisationen, Hilfswerken, kirchlichen Organisationen, Beratungsstellen sowie anderen Institutionen und Fachstellen mit Asyl- und Migrationsthemen in Berührung kommen.

Ort: Ethik Zentrum der Universität Zürich
Daten: Freitag und Samstag 6./7. sowie 20./21. November 2009
jeweils von 9.30 bis 17 Uhr

Weitere Infos unter:
<http://www.asae.uzh.ch/weiterbildungskurse/migrationsethik.html>

Bund	„Migraweb“ wird aufgeschaltet
Kantone	
Gemeinden	
Andere Institutionen	Ab 22. Juli 2009 informiert eine neue Website in 10 Sprachen Ausländerinnen und Ausländer zu vielen Themenbereichen des Lebens in der Schweiz und offeriert einen unentgeltlichen online Beratungsdienst sowie Datenbanken zu Integrationsangeboten und Veranstaltungen Dritter.
Internationales	
Publikationen	
Webfunde	Der Verein „Web for Migrants“ will die Internetplattform www.migraweb.ch nutzen, um Informationsbedürfnisse und Informationsdefizite der in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländer in der Muttersprache abzudecken. Die Inhalte der Plattform (Informations- und Beratungsteil) reichen von rechtlichen und organisatorischen Informationen zu spezifisch Migranten betreffenden Fragen, über allgemeine Informationen zu Arbeit, Wohnen etc. bis zur Lebensberatung. Link: http://www.migraweb.ch/

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

„Interkulturelles Übersetzen – Integration im Dialog“

Am 9. und 10. November 2009 findet im Haus der Kantone in Bern der erste schweizerische Kongress zum Thema interkulturelles Übersetzen statt.

Mit diesem Kongress will Interpret, die schweizerische Interessengemeinschaft für interkulturelles Übersetzen und Vermitteln, die breite Öffentlichkeit sowie Behörden und Institutionen des öffentlichen Dienstes – insbesondere des Bildungs- Gesundheits- und Sozialbereichs – verstärkt auf die grosse Bedeutung des interkulturellen Übersetzens für die Integration von Migrantinnen und Migranten in der Schweiz aufmerksam machen.

Auf dem Programm des ersten für ein breiteres Fachpublikum konzipierten Tages stehen künftige Herausforderungen: Zentral dabei sind Fragen nach der steten Professionalisierung des interkulturellen Übersetzens und der Finanzierung dieser Tätigkeit. Durch fachliche Inputs, Podiumsdiskussionen und Workshop-Arbeit wird eine breite Grundlage zum Thema geschaffen.

Der zweite Tag steht ganz im Zeichen der Ausbildungsinstitutionen und Vermittlungsstellen. Der Rückblick auf die erste Berufsprüfung und Ausblicke in die Zukunft werden an diesem Tag Schwerpunkte bilden. In einem zweiten Teil werden Themen rund um die Finanzierung von Einsätzen und Ausbildungsangeboten im Zentrum stehen. Um gezielt auf die Bedürfnisse der verschiedenen Akteure einzugehen, werden auch hier die Themen in Form von Workshops behandelt.

Das Programm für beide Tage und das Anmeldeformular können ab August unter www.inter-pret.ch heruntergeladen werden.

Bund
Kantone
Gemeinden
Andere Institutionen
Internationales
Publikationen
Webfunde

Sakralbauten für Zugewanderte

Im Rahmen des Nationalforschungsprogramms NFP 58 „Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft“ zeigt die Universität Luzern in Biel und Bern eine Ausstellung zum Thema „Religion im öffentlichen Raum“.

Seit den Achtzigerjahren des letzten Jahrhunderts leben Flüchtlinge aus Vietnam und Sri Lanka in der Schweiz, darunter knapp 10'000 vietnamesische Buddhisten und gut 30'000 tamilische Hindus. Die zwei religiösen Gruppierungen waren bislang nur selten in der Öffentlichkeit präsent. Ihre Pagoden und Tempel wurden von der Mehrheitsbevölkerung kaum wahrgenommen. Mit dem Heranwachsen der zweiten Generation und dem gestiegenen Grad rechtlicher, sozialer und ökonomischer Verankerung treten beide Gruppen nun öffentlich deutlicher in Erscheinung. Ermöglicht wird dieser Schritt durch Formen der Gemeinschaftsbildung. In diesem Zusammenhang ist eine Verschiebung religiöser Praktiken vom häuslichen Bereich zum sakralen Gemeinschaftsort festzustellen. Dies wirft Fragen zur religiösen Autorität und zu den Geschlechterrollen auf.

Das Projekt des NFP 58 erforscht die Strategien gesellschaftlicher Positionierung und migrationsbedingter Veränderungen von Geschlechterrollen. Die vergleichende Analyse lässt den Zusammenhang von Migration, Religion und gesellschaftlicher Eingliederung auf der einen und gruppeninternen Rollenverschiebungen auf der anderen Seite deutlich werden.

Das Forschungsprojekt ist ein Beitrag zum Verständnis des alltäglichen und des rituell-religiösen Lebens der tamilischen Hindus und vietnamesischen Buddhisten. Es wird sich zeigen, dass die Zugehörigkeit zu fremden Religionen und die gesellschaftliche Integration gut zusammengehen können. Die gewonnenen Informationen versachlichen die gesellschaftliche Diskussion und können dazu beitragen, Exotisierungen wie auch Stigmatisierungen vorzubeugen. Für Behörden und Politik sollen wissenschaftlich fundierte Entscheidungsgrundlagen erarbeitet werden.

Ausstellung in Bern

Ort: Heiliggeistkirche beim Bahnhof

Daten: vom 17. August bis zum 18. September 2009

Links:

- Zum NFP58: http://www.nfp58.ch/d_index.cfm

- Zu einzelnen Kirchen, Tempeln und Minaretten:
www.religionenschweiz.ch/bauten

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

„Integrationstest“

Scheidung, Verlust der Arbeitsstelle oder Krankheit können fast jeden treffen. Doch wie viel braucht es, bis das Eis bricht? Der Integrationstest von Caritas Schweiz versucht dazu eine Antwort zu geben.

Der „Integrationstest“ basiert auf der Überlegung, dass die Lebenssituation nicht alleine eine wirtschaftliche Dimension hat, sondern dass alle Ressourcen berücksichtigt werden müssen, die eine Person oder ein Haushalt zur Verfügung hat. Dabei werden zwei theoretische Betrachtungsweisen verknüpft: Erstens interessiert, wie viele Ressourcen eine Person oder ein Haushalt im Vergleich zu gesellschaftlichen Standards hat. Zweiten muss danach gefragt werden, wie denn die tatsächliche Versorgungslage einer Person aussieht.

Eindeutige finanzielle Hinweise auf eine prekäre Lage sind geringes Einkommen, permanent überzogenes Konto oder Verschuldung ohne Rückzahlungsmöglichkeit. Nichtfinanzielle Indikatoren sind beispielsweise Suchtverhalten, längere Krankheit, geringe Arbeitsplatzsicherheit, längere Arbeitslosigkeit, schlechte Schul- oder Berufsbildung, beengte Wohnverhältnisse, wenige soziale Kontakte, zerrüttete Familienverhältnisse oder ein unsicherer Aufenthaltsstatus.

Der französische Sozialhistoriker Robert Castel hat zu dieser mehrdimensionalen Betrachtungsweise ein wertvolles Koordinationssystem geschaffen, auf welchem das vorliegende Gitternetzmodell von Caritas aufbaut. Mit dem Diskussionspapier „Auf dünnem Eis. Menschen in prekären Lebenslagen“* wurde erstmals in der Schweiz die Prekarität konsequent als mehrdimensionale Lebenslage betrachtet. Eigens dafür wurde das Gitternetzmodell mit verschiedenen Indikatoren entwickelt, die aufzeigen, wo eine Person Stärken oder Schwächen aufweist..

Link: [Zum Integrationstest](#)

zum Diskussionspapier:

**Katja Walser, Carlo Knöpfel
„Auf dünnem Eis Menschen in prekären Lebenslagen“, Diskussionspapier
20, Luzern, 2007 155 Seiten, Fr. 24.–, broschiert, ISBN 978-3-85592-115-7*

[„Auf dünnem Eis“ online bestellen](#)

- Bund
- Kantone
- Gemeinden
- Andere Institutionen**
- Internationales
- Publikationen
- Webfunde

Gesellschaftlicher Zusammenhalt auf dem Prüfstand

Die 7. Nationale Fachtagung des SRK vom 17. September 2009 in Bern widmet sich der Frage, wie die Solidarität in der Gesellschaft und zwischen den Generationen gestärkt werden kann.

Die Solidarität innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Generationen steht auf dem Prüfstand. Verletzliche Menschen und Bevölkerungsgruppen sind vermehrt von Ausschluss bedroht. Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis thematisieren an der diesjährigen Fachtagung, wie dieser Tendenz entgegengewirkt werden kann: Welche Massnahmen sind erforderlich, damit die Ressourcen und Vielfalt dieser Menschen genutzt und ihre Möglichkeiten zur Partizipation verbessert werden können?

Ein spezielles Augenmerk soll auf die spezifischen Ressourcen von Jugendlichen, älteren Menschen sowie Migrantinnen und Migranten gerichtet werden: Welchen Beitrag können sie leisten, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Solidarität zu stärken?

Die Runden Tische des «Bistro Croix Rouge» bieten den Teilnehmenden die Gelegenheit, sich auszutauschen und zu vernetzen. Die Tagung richtet sich an Personen aus dem Sozial- und Gesundheitswesen sowie aus dem Migrationsbereich der Verwaltung, der Politik und Wissenschaft sowie an weitere Interessierte.

Infos zum Programm und Anmeldung:

<http://www.redcross.ch/activities/integration/news/news-de.php?newsid=1122>

- Bund
- Kantone
- Gemeinden
- Andere Institutionen**
- Internationales
- Publikationen
- Webfunde

DIALOG JUNIOR AWARD 2009

Der Verein DIALOG verleiht in der Schweiz lebenden Jugendlichen mit Wurzeln aus einem anderen Herkunftsland einen Preis für herausragende Leistungen im Integrationsbereich

Die Idee des Preises ist es, in der Schweiz lebende Jugendliche, mit Wurzeln aus einem anderen Herkunftsland, für Herausragendes in folgenden Gebieten auszuzeichnen: Schule und Ausbildung (in einer öffentlichen Schule in der Schweiz), Sport, Schach, Musik, Kultur, Literatur, Wissenschaft und andere Gebiete wie soziales Engagement, Integrationsprojekte, humanitäre Aktivität usw.

Ausgeschriebenes Preisgeld: 1'000 Franken pro AWARD (Auszeichnung) (Jury entscheidet über Preisanzahl nach Eingang der Anmeldungen bis 30. Oktober)

Teilnahmeberechtigung: Schüler/Jugendliche mit Migrationshintergrund, HSK-Schüler und ehemalige HSK Schüler in Ausbildung für Arbeiten oder Leistungen, die 2007/2008 und 2009 erbracht wurden.

Jury: Vertreter des Vereins Dialog und Vertreter aus den verschiedenen Bereichen.

Eingabefrist: 30. Oktober 2009

Die Preisverleihung wird am Samstag, 28. November 2009 in Bern anlässlich des Dialog-Kulturveranstaltes stattfinden.

Informationen: <http://www.dialog-verein.ch/Dialog-Junior-Award.93.0.html>

Bund
Kantone
Gemeinden
Andere Institutionen
Internationales
Publikationen
Webfunde

Jahreskonferenz über internationale Migrationszusammenarbeit

Die Jahreskonferenz 2009 der internationalen Organisation für zwischenstaatliche Konsultationen über Migration, Asyl und Flüchtlinge fand dieses Jahr in Bern statt. Vertreter aus 17 Staaten, der Internationalen Organisation für Migration (IOM), des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) und der Europäischen Kommission nahmen daran teil. Die Leitung der Konferenz lag dieses Jahr beim Bundesamt für Migration (BFM).

Die Jahreskonferenz fand vom 13. bis zum 15. Mai 2009 unter schweizerischem Vorsitz statt. Die Konferenz befasste sich in diesem Jahr mit dem Thema "Qualifizierte Arbeitsmigration: Möglichkeiten der nationalen und internationalen Zusammenarbeit". Die Schweiz hat langjährige Erfahrung mit der Arbeitsmigration und diskutierte die entsprechenden Erkenntnisse wie auch neue Ansätze mit den Teilnehmerstaaten.

Die internationale Organisation für zwischenstaatliche Konsultationen über Migration, Asyl und Flüchtlinge ("Intergovernmental Consultations on Migration, Asylum and Refugees", IGC) ist ein Forum für den Informations- und Erfahrungsaustausch und die Entwicklung politischer Strategien in den Bereichen Migration, Asyl und Flüchtlinge. Der Informationsaustausch und die Diskussion mit gleichgesinnten Staaten sind für die Gestaltung der schweizerischen Migrations- und Asylpolitik wichtig. Zu den Mitgliederstaaten gehören neben 13 westeuropäischen Staaten auch die USA, Kanada, Australien und Neuseeland. Die Arbeit innerhalb von IGC zeichnet sich durch ihren informellen Charakter aus. IGC verfügt über einen jährlich rotierenden Vorsitz, welchen die Schweiz seit Juni 2008 inne hat.

Links:

- BFM:

<http://www.bfm.admin.ch/bfm/de/home/dokumentation/medienmitteilung/en/2009/2009-05-12.html>

- IOM: <http://www.iom.int/jahia/jsp/index.jsp>

- UNHCR Schweiz: <http://www.unhcr.ch/>

- EU-Kommission: http://ec.europa.eu/index_de.htm

Bund

Kantone

Gemeinden

Andere Institutionen

Internationales

Publikationen

Webfunde

Integrationsindikatorenbericht

Die deutsche Bundesregierung hat den "Integrationsindikatorenbericht" zum Stand der Integration von Migranten in Deutschland veröffentlicht.

Link:

<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragtefuerIntegration/beauftragte-fuer-integration.html>

- Bund
- Kantone
- Gemeinden
- Andere Institutionen
- Internationales**
- Publikationen
- Webfunde

Was tun gegen „Ghettos“?

Die aktuelle Ausgabe von „Integration im Fokus“ geht den Fragen nach, ob es in Österreich sogenannte „Ghettos“ gibt, wo die Problembereiche liegen und welche Massnahmen ergriffen werden können.

„Integration im Fokus“ ist das vierteljährlich erscheinende Magazin des Österreichischen Integrationsfonds. Es erscheint in einer Auflage von 14'000 Stück und richtet sich an Multiplikatoren wie Bürgermeister und Schulen sowie NGOs und Interessierte.

In der Fokus Ausgabe 2/2009 kommen Expert/innen aus Wissenschaft, Politik und Journalismus zu Wort, aber auch die „Ghetto-Bewohner“ selbst. Die Beiträge decken zahlreiche Zugänge zur „Ghetto“-Problematik ab: Sie umfassen zum einen kritische Auseinandersetzungen, etwa mit der Bildungssituation in der Bundeshauptstadt Wien, wo bereits jedes zweite Kind in einer Volksschule (Primarschule) eine andere Muttersprache als Deutsch hat. Zum anderen werden auch die attraktiven Aspekte vermeintlicher „Ghettos“ thematisiert.

Ein eigener Beitrag widmet sich dem „Ghetto-Lifestyle“ der Zuwandererjugend in Wien. Ein weiterer Artikel widmet sich den Möglichkeiten von Architektur und Städtebau, auch das Phänomen einer spezifischen „Ghettosprache“ wird behandelt. Internationale Best-Practice-Beispiele politischer Antisegregations-Massnahmen sowie eine Fotoreportage aus dem Wiener „Ghetto“ rund um den Brunnenmarkt runden die Darstellung ab.

Alle Ausgaben können online unter www.integrationsfonds.at/wissen nachgelesen sowie kostenlos unter pr@integrationsfonds.at bestellt werden.

- Bund
- Kantone
- Gemeinden
- Andere Institutionen
- Internationales
- Publikationen**
- Webfunde

Studie zur Ost-Erweiterung

Die EU-Kommission hat eine Studie zu den Auswirkungen der EU-Osterweiterung erstellt. Danach sind seit dem Beitritt der EU-8 rund 1 Mio Menschen aus diesen Staaten in die EU-15 eingewandert, zu rund 70% nach Grossbritannien und Irland. Nach Deutschland und Österreich hat hingegen keine nennenswerte Einwanderung stattgefunden (Effekt der Übergangsfristen). Insgesamt blieb die Zuwanderung damit unter den Erwartungen bzw. Befürchtungen.

Erstellt wurde die Studie in Zusammenarbeit von sechs europäischen Forschungsinstituten.

Volltext der Studie unter:

http://doku.iab.de/grauepap/2009/LM_finalreport.pdf.

Junge Erwachsene in der Sozialhilfe

Junge Erwachsene, die Sozialhilfe beziehen: Wer sind sie? Wo arbeiten sie? Sind sie ausgebildet? Sind sie mobil?

Antworten auf diese Fragen und mehr dazu finden Sie unter:

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/13/22/publ.html?publicationID=3576>

Bund
Kantone
Gemeinden
Andere Institutionen
Internationales
Publikationen
Webfunde

Studie über fremdsprachige Sendungen

Im Auftrag des Bundesamtes für Kommunikation BAKOM hat der Radio Kursveranstalter „klipp & klang radiokurse“ eine Studie über das fremdsprachige Programmangebot der Komplementärradios in der Schweiz durchgeführt.

Untersucht wurden Themen und Ausrichtung der einzelnen Sendungen, sowie Herkunft und Motivation der freiwilligen Programmschaffenden. Insgesamt kann die Leistung der mehr- und fremdsprachigen Sendungen der Komplementärradios in der Schweiz als hoch integrativ bezeichnet werden. Sie informieren MigrantInnen über das Leben in der Schweiz, so dass sich diese besser und selbstständiger in der Schweiz zurechtfinden können.

Links:

-Studie:

http://www.klippklang.ch/forschung/pdfs/Schlussbericht_BAKOM.pdf

- Broschüre „Integration durch freie Radios“:

http://www.klippklang.ch/forschung/pdfs/Broschuere_Integration_durch_Freie_Radios.pdf

- Bund
- Kantone
- Gemeinden
- Andere Institutionen
- Internationales
- Publikationen**
- Webfunde

Neue Publikation der EKM

«Nous, moi – les autres. Les associations de migrants et la formation de l'identité: une approche internaliste»

Die Studie zeigt auf eindrückliche Weise, wie komplex Prozesse von Identitätszuschreibungen sind. Während beispielsweise das Modell «Kulturverein» im Sinne von «wir sind wir und die andern sind die anderen» die Bedürfnisse der ersten Generation von Zuwandernden durchaus abdeckt, können sich Angehörige der zweiten Generation weit weniger damit identifizieren.

Die Situation in der Schweiz sowie jene im Herkunftsland sind ausschlaggebend, wie viel Vielfalt in den Vereinen möglich ist und gelebt wird. Die Studie zeigt, dass in den Vereinen von Migrantengruppen, die bereits lange in der Schweiz ansässig sind, die Grenzziehungen zwischen dem «Eigenen» und dem «Fremden» nicht nur gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, sondern situativ auch innerhalb der Gruppe gezogen werden. Demgegenüber sind Vereine von Gruppen, die weniger lange ansässig sind und deren Mitglieder unter Umständen mit labilen politischen Verhältnissen im Herkunftsland konfrontiert sind, darum bemüht, Unterschiede innerhalb der Gruppe einzuebnen. Bei genauer Betrachtung entpuppen sich «kulturelle Traditionen», auf die sich Angehörige einer Gruppe vielfach berufen, als Neuschöpfungen, die aus der konkreten Situation des Migrationskontextes heraus entstanden sind.

Die Studie wurde zunächst in französischer Sprache publiziert. Die deutsche Übersetzung ist ab September erhältlich.

Link: <http://www.ekm.admin.ch/de/dokumentation/publikationen.php>

terra cognita 14 zum Thema Neue Migrationslandschaft

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Die Migrationslandschaft Schweiz hat sich definitiv verändert. An die Stelle des alleinstehenden, männlichen und niedrig qualifizierten Einwanderertypus aus den Ländern des südlichen Europa ist die hoch qualifizierte Fachkraft oder Akademikerin (oft mit Familie) aus Deutschland oder Grossbritannien getreten. Die statistischen Erhebungen, aber auch vielfältige Beobachtungen im Alltag bestätigen den Trend, der sich vor knapp zehn Jahren abzuzeichnen begann.

Link: www.terra-cognita.ch

- Bund
- Kantone
- Gemeinden
- Andere Institutionen
- Internationales
- Publikationen
- Webfunde**

Europäische Website für Integration

Diese neue europäische Website für Integration ist auf Initiative der Europäischen Kommission entstanden. Sie will eine Plattform bieten, mit deren Hilfe politische EntscheidungsträgerInnen und Akteure im Bereich Integration in Europa Informationen und Good Practice Beispiele austauschen können.

Link: <http://ec.europa.eu/ewsi/>

Fachmedienbund „Panorama“

PANORAMA Bildung, Beratung, Arbeitsmarkt ist ein Fachmedienverbund für Fachleute aus der Berufsbildung, der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung und dem Arbeitsmarkt. Er stellt ihnen mit cross-medialen Mitteln periodisch aktuelle und vertiefende Informationen zur Verfügung und unterstützt damit ihre tägliche Arbeit. Er richtet sich insbesondere an Berufsbildungsfachleute, Berufsberaterinnen, Studienberater, RAV-Mitarbeiterinnen, Personalverantwortliche, Bildungsfachleute, KIGA-Mitarbeitende, Wissenschaftler/innen, Politiker/innen oder Medienschaffende mit Interesse an diesen Gebieten.

Link: www.panorama.ch

Ambulatorien für Folter- und Kriegsoffer

Die Therapiestellen für Folter- und Kriegsoffer in Bern, Genf, Lausanne und Zürich bilden den Verbund Support for TortureVictims. Sein Zweck ist der fachliche Austausch.

Link: www.torturevictims.ch